

# **Stadtverwaltung Eberbach**

## **Auszug aus der Niederschrift**

**der öffentlichen Sitzung GR/01/2025 des Gemeinderats am 30.01.2025**

### **Tagesordnungspunkt 1:**

Fragestunde der Einwohner und der ihnen gleichgestellten Personen und  
Personenvereinigungen

#### **Tagesordnungspunkt 1.1:**

Probleme bei alternativen Bestattungsformen

Eine Bürgerin berichtet von Problemen an der Bestattungsstelle unter den Sträuchern. Dort sei die Grünfläche heruntergetreten und Bewuchs entfernt worden. Ebenfalls würden immer wieder Blumen und andere Gegenstände abgelegt werden, obwohl dies nicht zulässig sei. Sie bittet darum, die Nutzer und Bestattungsunternehmen nochmals auf die Vorgaben hinzuweisen.

Bürgermeister Reichert bedankt sich für den Hinweis. Leider sei dieses Problem auch aus anderen Kommunen bekannt. Es sollen weitere Hinweise erfolgen.

#### **Tagesordnungspunkt 2:**

Projekt Freiräume: Überblick über bisherige und zukünftige Entwicklung  
-ohne Beschlussvorlage-  
Information

#### **Beratung:**

Bürgermeister Reichert begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Reixinger vom Rhein-Neckar-Kreis.

Frau Reixinger und Verwaltungsmitarbeiter Fischer informieren über das Projekt Freiräume.

Bürgermeister Reichert lobt die Belebung der Innenstadt auf die die Stadt sonst nur wenig Einfluss habe. Nach Ende des Förderzeitraums werde sich zeigen, ob sich das Projekt eigenständig trage, da auf Dauer keine Kommune so viel Geld verfügbar habe.

Auf Nachfrage von Stadtrat Stumpf erläutert Verwaltungsmitarbeiter Fischer, dass der Eigenanteil der Stadt in Höhe von 262.000 € auf den gesamten Projektzeitraum hochgerechnet worden sei.

Stadtrat Stumpf erkundigt sich außerdem, wie der Erfolg für Eberbach gemessen werde. Würden neben der Nutzung selbst auch beispielsweise Pendlerströme erfasst. Wie hoch sei die Auslastung der Räume in Prozent und sei eine Aufteilung nach Nutzergruppen möglich. Ebenfalls möchte er in Bezug auf Bikeländ wissen, wie viel Geld in Eberbach verbleibe.

Frau Reixinger antwortet, dass aktuell eine Umfrage durchgeführt werde, wie viel die Nutzer in Eberbach ausgeben und wie viele Kilometer eingespart würden. Für Bikeländ erfolge eine Studie analog zum Neckarsteig gemeinsam mit der Hochschule Heilbronn. Die Auslastung der Trails werde mit Sensoren gemessen.

Verwaltungsmitarbeiter Fischer ergänzt, dass durch die unterschiedlichen Buchungspakete genaue Aussagen zur Auslastung schwierig seien. Bei Buchung einer Monatspauschale beispielsweise würden Einnahmen generiert unabhängig von der tatsächlichen Nutzung, die Auslastung anhand der Tischbelegung bleibe dabei aber bei Null.

Auf Nachfrage von Stadtrat Huck hinsichtlich einer Förderung für Vereine, teilt Frau Reixinger mit, dass dies eine politische Entscheidung des Gremiums sei.

Bezüglich der Mietkosten für den Neuen Markt erläutert Bürgermeister Reichert, dass die Konditionen im Preis pro Quadratmeter günstig seien. Es sei jedoch klar, dass dies nicht die Zielgruppe sei, da diese Räumlichkeiten auch eine anderweitige Nutzung finden könnten. Für den Projektstart sei es aber eine gute und schnelle Möglichkeit gewesen.

Stadtrat Polzin schlägt vor, die Freiräume stärker durch stadtnahe Mieter wie die VHS oder die Musikschule zu nutzen. Auch beim Theorieunterricht der Fahrschulen sehe er noch Potenzial.

Bürgermeister Reichert gibt zu Bedenken, dass das Defizit der VHS und der Musikschule auch durch die Stadt ausgeglichen werden müsse. Zusätzliche freiwillige Leistungen könne sich die Stadt derzeit nicht leisten.

Verwaltungsmitarbeiter Fischer sieht das Potenzial, dass sich das Projekt nach Ende des Förderzeitraums eigenwirtschaftlich tragen könne.

Frau Reixinger verweist auf die startende Werbekampagne und sieht es bereits als Erfolg, wenn nach Förderende von 4 eingerichteten Räumen 2 weiter betrieben werden können.

Stadtrat Richter möchte wissen, ob mit dem Projektende im August 2026 auch die Personalkosten wegfallen würden oder ob die Stelle unbefristet sei.

Hauptamtsleiterin Steck antwortet, dass sich die Arbeitsanteile der Stelle, die auch die Wirtschaftsförderung beinhalte, nach Ende der Projektphase verändern würden.

Stadtrat Scheurich findet die weichen Faktoren entscheidender für eine Fortführung des Projekts.

Stadtrat Stumpf verweist darauf, dass auch die Kosten für die Nutzung durch die Fraktionen und das Klimaschutzmanagement die Stadt trage.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen bedankt sich Bürgermeister Reichert bei Frau Reixinger und Verwaltungsmitarbeiter Fischer.

**Ergebnis:**

Die Mitglieder des Gemeinderats nehmen die Informationen zur Kenntnis.

**Tagesordnungspunkt 3: 2023-200**

Gewährung eines Arbeitgeberzuschusses im Rahmen des Betriebsrentenstärkungsgesetzes

**Beschlussantrag:**

1. Die Stadt Eberbach gewährt ihren Beschäftigten im Geltungsbereich des TV-EUmw/VKA als übertarifliche Leistung einen zusätzlichen Arbeitgeberzuschuss zur Entgeltumwandlung zum nächstmöglichen Zeitpunkt von 15 % des umgewandelten Entgelts, höchstens jedoch in Höhe der durch die freiwillige zusätzliche Entgeltumwandlung eingesparten Sozialversicherungsbeiträge.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt hierzu eine entsprechende Dienstvereinbarung mit dem Personalrat zu schließen und entsprechende Ausführungsbestimmungen zu regeln.
3. Weiterhin wird der Durchführungsweg „S-Kommunalrente“ der SV-Versicherung den Beschäftigten eröffnet.
4. Die Regelung nach Ziffer 1-2 des Beschlussantrags steht unter dem Vorbehalt etwaiger anderer tariflicher Regelungen der Tarifrunde 2025 des TVöD/VKA.

**Beratung:**

Verwaltungsmitarbeiter Koch erläutert die Beschlussvorlage.

Stadtrat Stumpf erkundigt sich, ob dies grundsätzlich für alle Beschäftigten erfolge oder nur nach individueller Absprache.

Verwaltungsmitarbeiter Koch antwortet, dass die Inanspruchnahme für die Beschäftigten freiwillig sei.

**Ergebnis:**

Die Mitglieder des Gemeinderats stimmen dem Beschlussantrag einstimmig zu.  
Stadtrat Huck befand sich zu diesem Zeitpunkt nicht im Sitzungssaal.

**Tagesordnungspunkt 4: 2024-275**

Satzung der Stadt Eberbach über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit  
hier: Änderung der Entschädigung für Wahlhelfer

**Beschlussantrag:**

Der Gemeinderat beschließt die Neufassung der Satzung der Stadt Eberbach über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit in der vorgelegten Fassung.

**Beratung:**

Hauptamtsleiterin Steck erläutert die Beschlussvorlage.

Es erfolgen keine Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt.

**Ergebnis:**

Die Mitglieder des Gemeinderats stimmen dem Beschlussantrag einstimmig zu.  
Die Stadträte Huck und Polzin befanden sich zu diesem Zeitpunkt nicht im Sitzungssaal.

**Tagesordnungspunkt 5: 2024-290**

Annahme von Geld- und Sachspenden

**Beschlussantrag:**

Der Gemeinderat stimmt der Annahme der Geld- und Sachspenden zu.

**Beratung:**

Stadtrat Scheurich erklärt sich bei diesem Tagesordnungspunkt für befangen und nimmt im Zuhörerraum Platz.

Bürgermeister Reichert erläutert die Beschlussvorlage und bedankt sich bei den Spendern.

Es erfolgen keine Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt.

**Ergebnis:**

Die Mitglieder des Gemeinderats stimmen dem Beschlussantrag einstimmig zu.  
Die Stadträte Huck und Polzin befanden sich zu diesem Zeitpunkt nicht im Sitzungssaal.

**Tagesordnungspunkt 6: 2024-284**

Übernahme einer Bürgschaft für die Stadtwerke Eberbach GmbH

**Beschlussantrag:**

Die Stadt Eberbach übernimmt eine Ausfallbürgschaft in Höhe von 477.600 € (80 % des Darlehensbetrages) für ein Darlehen von 597.000 € der Stadtwerke Eberbach GmbH bei der Sparkasse Neckartal-Odenwald.

**Beratung:**

Bürgermeister Reichert erklärt sich bei diesem Tagesordnungspunkt für befähigt und nimmt im Zuhörerraum Platz.

Erster ehrenamtlicher Bürgermeister-Stellvertreter Reinig übernimmt den Sitzungsvorsitz.

Kämmerer Wieser erläutert die Beschlussvorlage.

Es erfolgen keine Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt.

**Ergebnis:**

Die Mitglieder des Gemeinderats stimmen dem Beschlussantrag einstimmig zu.  
Stadtrat Polzin befand sich zu diesem Zeitpunkt nicht im Sitzungssaal.

**Tagesordnungspunkt 7: 2024-289**

Satzung zur Änderung der Satzung über den Anschluss an die öffentliche Wasserversorgungsanlage und die Versorgung der Grundstücke mit Wasser (Wasserversorgungssatzung – WVS) der Stadt Eberbach vom 1.1.2022

**Beschlussantrag:**

Der Gemeinderat beschließt die als Anlage beigefügte Satzung zur Änderung der Satzung über den Anschluss an die öffentliche Wasserversorgungsanlage und die Versorgung der Grundstücke mit Wasser (Wasserversorgungssatzung – WVS) der Stadt Eberbach vom 1.1.2025.

**Beratung:**

Betriebsleiter Kressel erläutert die Beschlussvorlage.

Es erfolgen keine Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt.

**Ergebnis:**

Die Mitglieder des Gemeinderats stimmen dem Beschlussantrag einstimmig zu.

**Tagesordnungspunkt 8:**

Mitteilungen und Anfragen

### **Tagesordnungspunkt 8.1:**

Beantwortung einer Anfrage: Anwohnerparkplätze

Hauptamtsleiterin Steck beantwortet eine Anfrage von Stadtrat Hellmuth zur Einrichtung von Anwohnerparkplätzen wie folgt:

Die Straßenverkehrsordnung (StVO) eröffnet in § 45 Abs. 1b Nr. 2a den Straßenverkehrsbehörden die Möglichkeit, aus Gründen der Sicherheit oder zur Ordnung des Verkehrs die Kennzeichnung von Parkmöglichkeiten für Bewohner städtischer Quartiere (keine einzelnen Straßen, ein Quartier besteht aus einem Wohnbereich mit mehreren Straßen wie z.B. der Altstadt in Eberbach) mit drohendem oder bestehendem erheblichen Parkraumangel durch vollständige oder zeitlich beschränkte Reservierung des Parkraums für die Berechtigten.

In dem betreffenden Straßenabschnitt besteht weder derzeit, noch ist in naher Zukunft Parkraumangel zu erwarten. Dies unterstreichen auch die im Rahmen des Mobilitätskonzeptes vorgenommenen Verkehrsuntersuchungen/Parkraumerhebungen.

### **Tagesordnungspunkt 8.2:**

Waldkindergarten am Arboretum

Stadtrat Richter erkundigt sich nach den Planungen zum Waldkindergarten am Arboretum. Dieser sei bisher an zu wenigen Anmeldungen gescheitert. Sei geplant, dass dieser wieder in Betrieb gehe und falls ja, wann und mit wie vielen Kinder voraussichtlich. Falls keine Inbetriebnahme geplant sei möchte er wissen, was mit dem Aufenthaltswagen und dem aufgeschütteten Standplatz passiere.

Hauptamtsleiterin Steck antwortet, dass die Verwaltung mit dem Betreiber im Austausch stehe. Im Rahmen der Platzvergabegespräche im April und der im Anschluss stattfindenden Bedarfsplanung werde dem Gremium anhand dieser Ergebnisse das weitere Vorgehen zur Entscheidung vorgestellt. Bisher seien die Anmeldezahlen noch nicht bekannt. Es gebe aber verschiedene Nutzungsmöglichkeiten für den Aufenthaltswagen.

Stadtrat Richter regt an, mehr Werbung für den Waldkindergarten zu machen.

### **Tagesordnungspunkt 8.3:**

Sanierung Steigeschule

Stadtrat Stumpf erkundigt sich nach dem Fortgang der Sanierungsarbeiten in der Steige Grundschule. Ihm sei mitgeteilt worden, dass seit Anfang Dezember auf der Baustelle nicht viel passiere und kein Baufortschritt erkennbar sei. Es sei zu befürchten, dass die

begonnene Dämmung an der Außenhülle durch Nässe beschädigt würde. Außerdem möchte er wissen, wie der weitere Bauzeitenplan aussehe.

Hauptamtsleiterin Steck erläutert, dass der zuständige Sachbearbeiter hierzu mitgeteilt habe, dass seit der KW 3 an den eingebauten Fenstern noch die Metallanbauteile montiert würden und erst danach die Montage der Fassadenverkleidung weitergeführt werden könne. Die eingebrachte Dämmung sei speziell für Fassadenflächen und könne bis zu 4 oder 5 Monaten ungeschützt der Witterung ausgesetzt sein ohne dass sie einen Schaden nehme. Nach dem aktuellen Bauzeitenplan sollen alle Arbeiten bis Ende März abgeschlossen sein.

#### **Tagesordnungspunkt 8.4:**

Sachstand Naturschutzgebiet Breitenstein

Stadtrat Stumpf erkundigt sich nach dem Sachstand zum Naturschutzgebiet Breitenstein.

Hauptamtsleiterin Steck antwortet, dass die Anfrage in der nächsten Sitzung beantwortet werden solle.

#### **Tagesordnungspunkt 8.5: 2025-A-01**

Klimaneutralität bis 2035

hier: Anpassung des Klimabeschlusses aus dem Jahr 2021

Stadtrat Joho stellt für die CDU-Fraktion folgenden Antrag:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister Reichert,  
werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates,  
sehr geehrte Damen und Herren,

am 18.03.2021 hat der Gemeinderat der Stadt Eberbach in einer öffentlichen Sitzung auf massiven Druck der privaten „Eberbacher Klimainitiative“ mit der Mehrheit von nur einer Stimme beschlossen, dass Eberbach bis 2035 klimaneutrale Kommune werden soll. Diese Entscheidung erfolgte ohne Festlegung, was als Ziel darunter zu verstehen ist. Ohne konkrete Definition des Ziels oder der Zielkennwerte können auch keine Maßnahmen ergriffen werden, die diesen Beschluss messbar machen. Auch der Meilensteinplan konkretisiert nicht hinreichend.

Es war und ist daher völlig unrealistisch, an einem Grundsatzbeschluss festzuhalten, dessen Machbarkeit und dessen Kosten für die Umsetzung unbekannt sind.

Mittlerweile hat sich nicht nur die finanzielle Situation der Stadt drastisch verändert, sodass wir eine Präzisierung und realistische Anpassung des damals beschlossenen Grundsatzbeschlusses beantragen:

1. Das Ziel der Klimaneutralität der Stadt Eberbach soll mit den Zielen des Landes Baden-Württemberg synchronisiert werden. Dies erhöht zugleich die Chancen auf finanzielle Zuwendungen durch das Land und den Bund zur Zielerreichung und

ermöglicht damit der Stadt Eberbach einen größeren finanziellen Spielraum der knappen Mittel für die Pflichtaufgaben bei Infrastruktur wie Schulen, Kindergärten, Straßen, Wasser und Abwasser.

2. Die Verwaltung wird damit beauftragt, konkrete, realistische und messbare Ziele, in Anlehnung an die Ziele und Definitionen des Landes, auszuarbeiten und dem Gemeinderat zur Entscheidung vorzulegen.
3. Zukünftig müssen alle Klimaschutzmaßnahmen wirtschaftlich sein, der CO<sub>2</sub>-Schattenpreis kann für die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung herangezogen. Eine reine Fokussierung auf CO<sub>2</sub>-Reduzierung ohne Betrachtung der Kosten oder des Nutzens erfolgt nicht.
4. Zukünftig soll bei allen Planungen auf die – unabhängig von den Anstrengungen Eberbachs, Deutschlands oder Europas – unvermeidbar auf uns zukommenden Folgen der Klimaveränderung geachtet und Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung von der Verwaltung vorgeschlagen und dem Gemeinderat zu Entscheidung vorgelegt werden.

Wir bitten Sie, werte Kolleginnen und Kollegen um eine möglichst große Zustimmung zu unserem Antrag.

CDU-Fraktion im Eberbacher Gemeinderat

Georg Hellmuth, Dr. Matthias Huck, Patrick Joho, Christina Kunze, Michael Schulz“

Bürgermeister Reichert teilt mit, dass das erforderliche Quorum erreicht sei und der Antrag auf die Tagesordnung der März-Sitzung aufgenommen werde.

### **Tagesordnungspunkt 8.6:**

Einführung einer Verpackungssteuer

Stadträtin Kunze teilt mit, dass sie aus der Bürgerschaft angesprochen worden sei, ob Eberbach eine Verpackungssteuer einführe, wie dies in Tübingen erfolgt sei. Sie bittet darum dies zu prüfen.

Kämmerer Wieser antwortet, dass die Einführung geprüft werden könne, aber es noch Klärungsbedarf bei den rechtlichen Voraussetzungen gebe. Es stehe noch eine Information des Städte- und Gemeindetags aus. Das Thema könne aber in der nächsten Haushaltsklausur angesprochen werden.

### **Tagesordnungspunkt 8.7:**

Förderprogramm Flächengewinn durch Innenentwicklung



Stadtrat Polzin verweist auf einen Beitrag in der Zeitschrift "die:gemeinde" zu einem Förderprogramm Flächengewinn durch Innenentwicklung. Er bittet darum dieses für die Innenstadt zu prüfen.

Bürgermeister Reichert will prüfen lassen, ob dieses Programm für Eberbach sinnvoll sei.

### **Tagesordnungspunkt 8.8:**

Informationsveranstaltung kommunale Wärmeplanung

Stadtrat Polzin bezieht sich auf die geringe Teilnehmerzahl bei der Informationsveranstaltung zur Wärmeplanung und schlägt vor, ein Informationsschreiben mit den Stromrechnungen an die Kunden der Stadtwerke Eberbach zu verschicken.

Betriebsleiter Kressel erwidert, dass die Rechnungen über ein Rechenzentrum versandt würden und ein zusätzlicher Beileger daher sehr teuer sei und einen langen zeitlichen Vorlauf benötige.

### **Tagesordnungspunkt 8.9: 2025-A-02**

Neubau der Sporthalle am Steigeschulzentrum Nord

Stadtrat Wessely stellt für die Freie Wähler-Fraktion folgenden Antrag:

„Aufnahme des Neubaus in die Haushaltsklausur für das Jahr 2026 ff. als priorisierte Maßnahme.

Die Sporthalle der Grund- und Gemeinschaftsschule im Steigezentrum Nord ist in einem schlechten Zustand. Das Gewährleisten eines schulgerechten Sportangebots ist unseres Erachtens nicht mehr ausreichend gegeben. Für die nächsten beiden Jahre sind Sanierungskosten von ca. 300.00 Euro eingestellt, um die Gebäudehülle und sanitären Anlagen zu ertüchtigen. Ein Neubau wurde seit Jahren immer wieder aus Kostengründen verschoben. Eine bereits ungefähr 2011 angeschobene und vorliegende Planung kam nicht zum Zuge, kann aber heute nicht mehr als Grundlage genutzt werden, da sich viele Vorgaben geändert haben.

Außerdem benötigen die Schulen einen weiteren Hallenplatz, um die Vorgaben der Bildungspläne umzusetzen zu können. Im Moment können nicht alle Sportstunden stattfinden.

Wir denken, dass diese Sanierungskosten nicht ausreichend sind, sondern ein Neubau der Halle als modularer, kostenoptimierter Zweckbau sinnvoller ist.

Die Mehrkosten können durch den Verzicht auf den Neubau des Hallenbads mit aufgefangen werden. Immerhin handelt es sich bei der Sporthalle um eine Pflichtaufgabe der Stadt im Gegensatz zum Hallenbad.

Für die FWE

Peter Wessely  
Fraktionssprecher“

Bürgermeister Reichert stellt fest, dass das notwendige Quorum erreicht sei und der Antrag auf die Tagesordnung der März-Sitzung aufgenommen werde.

Da keine weiteren Mitteilungen und Anfragen mehr vorliegen, schließt Bürgermeister Reichert die öffentliche Sitzung des Gemeinderats um 18:49 Uhr.